

„Kollektive und individuelle Traumata folgen nicht immer derselben Logik“

Sozialpsychologe Klaus Ottomeyer über kollektive und individuelle Traumata, Täter- und Opferrollen und Forderungen an die Politik.

Das Gespräch führte Hans Peter Graß.



Parallel zu politischen Versöhnungsprozessen braucht es dringend auch ein begleitendes psychotherapeutisches Angebot, meint der Psychologe und Psychotherapeut Klaus Ottomeyer.

Kranich: Wenn wir aktuell über Traumata sprechen, ist von kollektiven und individuellen Traumata die Rede. Lassen sich diese beiden Formen vergleichen?

Ottomeyer: Der Begriff des Trauma kommt ja zunächst einmal aus der Psychotherapie, zum Teil aus der Psychoanalyse. Man muss erst einmal würdigen, dass das an einzel-

nen Menschen entdeckt worden ist, einzelne Menschen auffällig werden und Traumasymptome entwickeln. Auch bei Kriegstraumata nach dem Ersten Weltkrieg – Freud hat sich auch dazu geäußert – werden erstmal klinische Erfahrungen, körperlich und seelische Störungen von einzelnen Individuen wahrgenommen. Dann gibt es aber auch kollektive Erfah-

rungen, indem z.B. viele Individuen vergleichbare traumatische Erfahrungen machen: Extreme Hilflosigkeit, Verzweiflung, Übererregung oder ähnliches. Wenn nach einem Krieg viele Soldaten von ähnlichen Erfahrungen betroffen sind, nehmen diese – wie z. B. nach dem Vietnamkrieg – wahr, dass es anderen ähnlich gegangen ist und diese Erfahrungen teilweise vergleichbar sind. Da passiert ein gewisses Sharing. Da könnte man von einem kollektiven Trauma sprechen. Gleichzeitig ist das kollektive Trauma aber immer auch ein kommunikatives Konstrukt.

Kranich: In der Behandlung von individuellen Traumata ist es von großer Bedeutung, eine lange Phase der Entwicklung von Sicherheit, von alltäglichen Strukturen zuzulassen, bevor man sich das traumatische Erlebnis vergegenwärtigt oder es bearbeitet. Muss man diese Phase auch bei kollektiven Traumata anerkennen?

Ottomeyer: Vielleicht fällt es leichter, wenn wir nicht von kollektiven Traumata sprechen, sondern von politischen Prozessen. In diesen Fällen ist das Nicht-Thematisieren nicht angebracht. Da könnte es zu einem Zudecken des Unrechts führen. In Nachkriegsgesellschaften ist man versucht zu meinen, eine Gesellschaft brauche erst einmal eine Zeit des Beruhigens, des Einkehrens von Frieden. Aber das hat nicht dieselbe Logik. Wenn wir uns z.B. vergegenwärtigen, wie lange es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine Phase des Verschweigens gegeben hat, eine Zeit, in der eben nicht darüber gesprochen wurde – übrigens auch nicht von den Opfern – wäre eine Parallele nicht angebracht. Da hat man viel zu lange nicht darüber geredet bzw. behandelt. Als dann erst viel später drüber gesprochen worden ist, haben sich die Symptome bereits verfestigt.

FOTO: Vortrag „Der Neoliberalismus in der Psychotherapie“ | Quelle: youtube.com

Kranich: Gerade bei kollektiven Traumata besteht immer wieder die Gefahr, auf Dauer Täter- und Opferrollen zu perpetuieren. Gibt es da Parallelen?

Ottomeyer: Natürlich gibt es diese Gefahr, dass sich Menschen in Opferrollen einbetonieren. Aber das Wichtigste ist die Erfahrung, als Opfer anerkannt zu werden. Das ist für das Individuum wichtig, aber auch für die Gruppe, die verfolgt worden ist. Wenn wir uns z.B. hier in Kärnten die kollektiven Erfahrungen von SlowenInnen, die verfolgt und traumatisiert worden sind, anschauen: Das gehört erst mal anerkannt und das ist z.B. in Kärnten lange Zeit nicht passiert. In den letzten Jahren gab es da auch im politischen Prozess Fortschritte. Aber diese Formen der offiziellen Anerkennung und die dazugehörigen Versöhnungsschritte haben eine andere Logik. Auf der individuellen Ebene sind wir in der Psychotherapie immer auch mit den sog. „unfinished business“ konfrontiert, die es anzuerkennen gilt.

Ich denke dabei z.B. an eine Frau, deren Nachbar im Zweiten Weltkrieg große Schuld auf sich geladen hat und nachher unbehelligt in seinem Heimatort weiterlebt. Diese Situation führt bei dieser Frau zu hochspezifischen, nicht abgeschlossenen Prozessen in der Traumabearbeitung. Solche Menschen finden das auf der Ebene der kollektiven Prozesse gar nicht wieder. Wenn z.B. Herr Felder (Kärntner Heimatdienst, A.d.A.) und Herr Sturm (Zentralverband slowenischer Organisationen in Kärnten (A.d.A.) gemeinsam bei einer Gedenkveranstaltung auftreten, ist das zwar legitim und wohl auch erwünscht, die einzelne Person findet sich in ihrer ganz persönlichen Familiengeschichte aber darin höchstwahrscheinlich nicht.

Kranich: Ist das nicht auch ein Beispiel, dass kollektives und individuelles Trauma zusammengedacht werden müssen?

Ottomeyer: Ja natürlich – und wenn ich mit so einer Patientin arbeite, muss ich natürlich etwas wissen über die kollektiven Kränkungen und Dramen. Aber bei politischen Versöhnungsritualen herrscht eine andere Logik, weil die individuelle Logik der eigenen unerledigten Geschichte eine andere ist, als die, die politische Gruppen miteinander aushandeln.

Wobei die Frage ist, ob es individuelle Versöhnung in diesem Kontext überhaupt gibt. Die angesprochene Patientin wünscht sich wohl nichts sehnlicher, als dass dieser Mann bestraft wird und wenn ihm etwas zustoßt, wird sie sogar so etwas wie Genugtuung oder Schadenfreude empfinden.

Ich denke da z.B. an das Massaker am Peršmanhof, das heute weitgehend anerkannt ist und an dessen Andenken es öffentliche Gedenkfeiern gibt. In einem Interview mit einem Überlebenden sagt dieser aber, dass zwar über die Verbrechen gesprochen, auch ein Denkmal der Partisanen angebracht wurde, aber ihn persönlich habe niemand gefragt, wie es ihm gehe – nicht einmal sein Vater. Diese individuellen Geschichten sind lange unerzählt geblieben. Der individuelle Schmerz hat sich gar nicht abgebildet in den politischen Ritualen, weder der einen noch der anderen Seite. Die politischen Rituale sind weitgehend einer Abrechnungslogik gefolgt, einem umgekehrten Body-Count, wer die meisten Opfer zu beklagen habe. Das individuelle Schicksal, das sehr sprachlos ist, bildet sich auf der Ebene dieser kollektiver Vorgänge weitgehend nicht oder nur teilweise ab.

Kranich: In Bezug auf Erinnerungskultur spricht der US-amerikanische Psychiater Vamik Volkan von sog. „Chosen Traumata“, die für die Identität von Opfergruppen von großer Bedeutung sein können aber auch häufig für politische Inszenierungen missbraucht werden.

Ottomeyer: Ja, die gibt es. Die sind aber in der Regel sowohl auf der Opfer- als auch auf der Täterebene präsent. Man soll natürlich auch politische Notwendigkeiten anerkennen. Natürlich muss es diplomatische Kompromisse geben, damit es zu Lösungen kommt, die zur Befriedung der Konflikte beitragen. Versöhnung auf der politischen Ebene ist aber etwas grundsätzlich anderes als persönliche Versöhnung. Da muss man verhandeln. Da muss man unter Umständen Menschen die Hand geben, die Dreck am Stecken haben. Auf der individuellen Ebene ist es aber extrem wichtig, nicht zu schnell von Versöhnung zu reden. Es gibt Leute, die können und wollen sich nicht versöhnen. Das ist natürlich anzuerkennen.

Kranich: Könnte das auch für Opfergruppen gelten?

Ottomeyer: Ja, das könnte auch bei Opfergruppen so sein. Individuen brauchen da aber ein Einspruchsrecht. Das gab es auch z.B. im Versöhnungsprozess in Süd-Afrika. Da wurde auch von der Opferseite anerkannt, dass das ein sinnvoller Prozess sein kann, der z.B. private Racheakte gestoppt hat. Und manche Angehörige haben dann auch erzählt, dass das wichtig war, dass die Täter erzählt haben, wie ihre Familienangehörigen ermordet wurden. Dann kam da gelegentlich ein Zeichen der Versöhnung von den Opferangehörigen. Diese Prozesse können passieren, dürfen aber nicht erwartet werden. Manchmal läuft das parallel zum offiziellen Versöhnungsvorgang. Dann gibt's aber auch die Notwendigkeit, wo mir z.B. eine Frau erzählt, deren Mutter im Zweiten Weltkrieg noch erniedrigt worden sei, bevor sie getötet wurde. Das sei so entsetzlich gewesen, dass sie froh war, als sie erfahren hatte, dass der Täter einem Anschlag zum Opfer gefallen war. Sie habe da eine tiefe Befriedigung erfahren. Da ist mit Versöhnung rein gar nichts – die anderen Affekte, Genugtuung, Strafe zu wollen, müssen erstmal anerkannt werden. Das ist für manche Menschen gut, für andere kann es wiederum gut sein, auf der Täterseite wieder einen vorsichtigen Kontakt zu suchen, zu kooperieren.

Kranich: Was ist politisch zu tun?

Ottomeyer: Als politische Forderung würde ich definieren, dass es in sog. Post-conflict oder Post-War-Societies parallel zu politischen Versöhnungsprozessen wichtig ist, auch ein psychotherapeutisches Angebot zu haben. Relativ unabhängig davon, was die Menschen auf der Ebene der Politik inszenieren, muss es ein Angebot geben, in denen diese hochspezifischen Verarbeitungsprozesse, die den Menschen eine relative Balance mit sich selbst zurückgeben, eine Versöhnung mit sich selbst ermöglicht werden. Das darf nicht unter Druck gesetzt werden durch Versöhnungsprogramme. Es gibt ja auch Zugänge, die glauben, dass Psychotherapie in erster Linie der Versöhnung dienen sollte. Das würde ich so in keinem Fall befürworten.

Kranich: Vielen Dank für das Gespräch

Klaus Ottomeyer war Professor an der Universität Klagenfurt/Celovec und leitete von 1983-2013 die Abteilung für Sozialpsychologie, Ethnopschoanalyse und Psychotraumatologie.